

## Unselbständiger Entschließungsantrag

### § 55 GOG-NR

der Abgeordneten Reinhold Lopátka, Roman Haider, Andreas Schieder, Claudia Gamon  
Kolleginnen und Kollegen

+ Alma Zadić

betreffend Zusammenarbeit im Rahmen der GASP, PESCO und NATO Partnerschaft

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 10 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (9 d.B.)  
Es besteht international Konsens über die Gefahr von Nuklearwaffen. Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen angenommen, für ein In-Kraft-Treten des Vertrages bedarf es einer Ratifikation von 50 Staaten. Der Abschluss eines solchen Vertrages fußt auf den Entwicklungen im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft und soll das gegenseitige Vertrauen der Staaten stärken. Vor dem Hintergrund der unbestrittenen Verwüstung, die ein Einsatz von Nuklearwaffen für die Menschheit und den Planeten bringen würde und die irreparabel wäre, müssen alle Staaten der Welt gemeinsame Anstrengungen unternehmen, eine derartige Katastrophe abzuwenden.

Der Vertrag betont, dass der Nichtweiterverbreitungsvertrag der Grundpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsregimes bleibt, und stärkt sowie ergänzt diesen hinsichtlich der Erfüllung der im Nichtweiterverbreitungsvertrag enthaltenen Abrüstungsverpflichtung. Österreich bekräftigt in diesem Zusammenhang seine weitere Unterstützung des Nichtweiterverbreitungsvertrags. Ungeachtet des Konsenses über die Gefahr von Nuklearwaffen ist es aus Sicht der Abgeordneten zentral darauf hinzuweisen, dass die Sicherheit Europas und die Zusammenarbeit mit allen europäischen Partnern in keiner Weise durch diesen Vertrag beeinträchtigt wird.

Durch die Ratifizierung dieses Vertrages durch Österreich wird die Zusammenarbeit Österreichs mit Partnern im Bereich der Sicherheit und Verteidigung, die unter Einhaltung der österreichischen Neutralität erfolgt, nicht eingeschränkt. Diese Zusammenarbeit erfolgt beispielsweise im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in weiterer Folge im Rahmen der Ständigen Strukturieren Zusammenarbeit oder auch im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden der NATO.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ratifizierung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffen zum Anlass zu nehmen, weitere Initiativen im Bereich der nuklearen Abrüstung zu setzen. Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert, sich basierend auf dem Status der immerwährenden Neutralität weiter im Rahmen der GSVP und der strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) für die Sicherheit Europas einzusetzen, und auch die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO Partnerschaft für Frieden fort zu setzen.“



